

Integration: liberal oder republikanisch?

Integration und Demokratie sind nicht zu trennen

Hier ein Fragebogen, dort ein Eid. Hier die Angst vor der Parallelgesellschaft, dort ein Integrationsgipfel, an dem Islamisten nicht nur teilnehmen dürfen, sondern sollen. Die deutsche Politik hat endlich entdeckt, dass Immigranten nicht nur Arbeitskräfte, sondern auch Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sein sollen und auch wollen. Jetzt reden alle von Integration, aber kaum einer weiß, was darunter sinnvoll zu verstehen ist.

Die Soziologie der späten 70er-Jahre unterschied zwischen System- und Sozialintegration. Unter System verstand sie die funktionalen Kommunikationen, die die Gesellschaft in ihren Teilbereichen Ökonomie, Recht, Kultur und Politik zusammenhielt. Integriert wäre demnach, wer seine Arbeitskraft verkaufen und mit dem Lohn für seinen Unterhalt sorgen kann. Wer in der Lage ist, einen Mietvertrag abzuschließen oder sich einen Anwalt zu nehmen. Wer Zeitung lesen oder ins Kino gehen und von seinem Wahlrecht Gebrauch machen kann. Ins „Soziale“ hingegen, in die – wie damals gerne gesagt wurde – „Lebenswelt“ ist integriert, wer sich redend, sehend, hörend, fühlend, versprechend und verzeihend, immer auch sinnlich und emotional kommunizierend auf andere Menschen in Liebe und Hass, Streit und Übereinstimmung einlassen kann.

Freilich hat sich schnell gezeigt, dass diese Begriffe von Integration zum Verständnis jener Probleme, die an der Berliner Rütli-Schule wie an Hunderten anderer Schule bestehen, nichts oder nur wenig beitragen: Jugendliche, wie sie in Detlev Bucks großartigem Film „Knallhart“ agieren, sind in ihren jeweiligen Cliquen ganz gut sozial integriert, aus dem Kreislauf des Arbeitsmarkts hingegen – wie es heute heißt – „exkludiert“. Unverdrossene Materialisten meinen, dass die Inklusion in den Arbeitsmarkt alle Probleme lösen würde, Konservative aller Schattierungen fürchten, dass die Inklusion der Falschen die Konflikte nur steigern würde.

Den soziologischen Begriffen der Integration entsprechen zwei Konzepte von Staatsbürgerschaft: Die seit dem 17. Jahrhundert bekannte liberale Konzeption, der bis vor Kurzem noch fast alle Linken anhängen, begreift all jene als integriert, die nicht gegen die Gesetze verstoßen und ihre Steuern zahlen. Das war bis vor gar nicht langer Zeit auch noch die Basis des so genannten „Multikulturalismus“. Dem steht seit dem 18. Jahrhundert die von Jacques Rousseau am deutlichsten artikulierte republikanische Konzeption gegenüber: Integriert ist, wer seine Vorbehalte gegenüber dem gemeinsamen politischen Willensbildungsprozess vorbehaltlos aufgegeben hat. Wer bereit ist, sich seine Freiheiten von seiner neuen politischen Gemeinschaft wiedergeben zu lassen. Karl Marx hat in diesem Zusammenhang zwischen Bourgeois und Citoyen unterschieden. Rousseau hat recht: Integration und Demokratie sind nicht voneinander zu trennen. Nur wer in der Lage ist, am demokratischen Prozess – und dazu gehört das Lesen von Zeitungen, die Diskussion mit Nachbarn in einer Kneipe ebenso wie die Ausübung des Wahlrechts in einer Kabine – teilzunehmen, ist politisch integriert. Die Teilhabe am demokratischen Prozess aber setzt die Kenntnis der Verkehrssprache ebenso voraus wie die Kenntnis der Geschäftsordnung bürgerlicher (citoyen) Freiheit, der Verfassung.

Verblüffend genug, aber wahr: Diesmal sind es ausgerechnet die Konservativen, die dem ansonsten als totalitär verschrienen Rousseau recht geben. Während eine immer noch geschockte multikulturelle Linke langsam und trauernd Abschied von ihren frühliberalen Vorstellungen nimmt.

Die Einwände liegen auf der Hand: Was soll das alles in der globalisierten Welt, in der der Nationalstaat ohnehin zunehmend an Bedeutung verliert? Ganz einfach: Nur rousseauistische Citoyens werden die Demokratie in die schrecklich schöne, transnationale Welt der World Trade Organization (WTO) und der Non-Government-Organizations (NGOs) retten können.

Es ist gewiss kein Zufall, dass Rousseau nicht nur Politik- sondern auch Erziehungstheoretiker war.

Micha Brumlik
Professor für Pädagogik an der Goethe-Universität Frankfurt/Main.

Veröffentlicht als Gastkommentar in „Erziehung und Wissenschaft 7-8/2006 – Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW“